



SITZUNGSVORLAGE

Thema:	Übertragung weiterer Aufgaben auf das Kommunal- und Prüfungsamt
---------------	--

Frühere Beratungen:	Keine
---------------------	-------

Anlagen:	Keine
----------	-------

Sachvortrag :	Hr. Landrat Wölfle	Zeitdauer (ca.):	5 Min.
---------------	--------------------	------------------	--------

Beschlussvorschlag:	Der Kreistag beschließt gemäß § 112 Abs. 2 GemO die Übertragung der folgenden Aufgabe an das Kommunal- und Prüfungsamt: Die Aufgaben der örtlichen Prüfung nach §§ 109 ff. GemO für den neu gegründeten Zweckverband Breitband Bodensee-Kreis (ZVBB)
----------------------------	---

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Finanzen, Verwaltung und Kultur	Vorberatung	11.03.2020	nicht öffentlich
Kreistag	Beschluss	28.05.2020	öffentlich

Finanzielle Auswirkungen (mit der Kämmerei abzustimmen!): ja nein

Aufwendungen/Auszahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Aufwand	_____ Euro	Einmalige Auszahlung	_____ Euro
Jährlicher Aufwand	_____ Euro	Jährliche Auszahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Aufwand 1. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 1. Jahr	_____ Euro
Aufwand 2. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 2. Jahr	_____ Euro
Aufwand 3. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 3. Jahr	_____ Euro
Aufwand 4. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Abschreibung	_____ Euro

Erträge/Einzahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Ertrag	_____ Euro	Einmalige Einzahlungen	_____ Euro
Jährliche Erträge	_____ Euro	Jährliche Einzahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Ertrag 1. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 1. Jahr	_____ Euro
Ertrag 2. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 2. Jahr	_____ Euro
Ertrag 3. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 3. Jahr	_____ Euro
Ertrag 4. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Auflösung	_____ Euro

Mittelbereitstellung im Haushalt:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Zur Verfügung stehende Mittel: _____ Euro

ggf. noch bereit zu stellen: _____ Euro

Deckungsvorschlag:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Medien: PowerPoint pdf-Datei CD/DVD Stick

Sofern Präsentationen erforderlich werden, lassen Sie diese bitte mindestens fünf Tage vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle Kreistag zukommen.

Elektronisch mitgezeichnet von:

<input checked="" type="checkbox"/> Landrat	<input type="checkbox"/> Dezernat 1	<input checked="" type="checkbox"/> Dezernat 2
<input type="checkbox"/> Dezernat 3	<input type="checkbox"/> Dezernat 4	<input checked="" type="checkbox"/> Kommunal- und Prüfungsamt

1. Ausgangslage:

Nach § 48 Landkreisordnung finden auf die Wirtschaftsführung des Landkreises die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechende Anwendung, womit für die Übertragung weiterer Aufgaben auf das Kommunal- und Prüfungsamt § 112 Abs. 2 GemO zu beachten ist. Die Übertragung weiterer Aufgaben auf das Kommunal- und Prüfungsamt liegt demnach in der Zuständigkeit des Kreistags.

2. Sachverhalt:

Die Verbandsversammlung des neu gegründeten Zweckverbandes Breitband Bodenseekreis hat in § 12 ihrer Verbandssatzung geregelt, die Aufgaben der örtlichen Prüfung nach §§ 109 ff. GemO dem Rechnungsprüfungsamt des Bodenseekreises (Kommunal- und Prüfungsamt) zu übertragen. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe, da für den Zweckverband keine gesetzliche Verpflichtung besteht, eine örtliche Prüfung einzurichten.

Für diese Aufgabe kann das Landratsamt Bodenseekreis nach § 12 der Verbandssatzung einen Verwaltungskostenbeitrag erheben. Der zeitliche Aufwand für die Erledigung dieser Aufgabe und der daraus resultierende Verwaltungskostenbeitrag kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden.

3. Finanzielle Auswirkungen:

Keine. Sollte sich jedoch herausstellen, dass die Erledigung dieser Aufgabe einen Umfang annimmt, der mit dem vorhandenen Personalbestand nicht bewältigt werden kann oder die gesetzlichen Prüfaufgaben darunter leiden, müssten dem Kommunal- und Prüfungsamt dem zusätzlichen Aufwand entsprechende personelle Zeiteinheiten zur Verfügung gestellt werden. Dieser zusätzliche Personalaufwand könnte über den Verwaltungskostenbeitrag abgedeckt werden.